

FDP-Worthülsenpolitik ohne bauchbaren Sparvorschlag

Leserbrief zum Interview mit FDP-Präsident Harald Jenny, AZ vom 3.10.2013

Worte ohne Inhalt, Aussagen ohne Aussage. Nach dem Lesen des Interviews mit dem neuen FDP-Präsidenten Harald Jenny in der AZ vom 3. Oktober 2013 drängt sich diese Frage auf: Ist das die Stimme der FDP, die als Regierungspartei mit immerhin zwei Regierungsräten die Verantwortung für unseren Kanton mittragen müsste? Harald Jenny spricht von 60 Millionen Franken jährliche Einsparungen, die möglich seien. Das entspricht etwa der Summe der Besoldungen aller Lehrpersonen des Kantons. Jetzt drängt sich bereits eine zweite Frage auf: Kennt er tatsächlich die konkreten und für die Budgetdiskussion wichtigen Zahlen? Von Bernhard Ott auf das machbare Sparpotenzial angesprochen, entgleiten dem FDP-Präsidenten eine leere Worthülse nach der anderen: „Prozesse schlanker machen; zuerst die Hausaufgaben machen; mit weniger Leuten die Kernaufgaben erfüllen“. Schon fast erschrocken über so viel Konkretes relativiert er sogleich: „aber es muss mitarbeiterverträglich geschehen“ und „von aussen ist das schwierig zu beantworten, ich masse mir kein Urteil an“. Angesprochen auf die vermutlich potenteste Einsparung - nämlich die Fusion mit einem anderen Kanton - lehnt Harald Jenny diese ungeprüft ab. Noch ist dieser Gedanke eben nicht Mainstream. Im ganzen Interview findet sich kein einziger Hinweis für einen konkreten Sparvorschlag. Höchstens so: „Beim Kantonsspital müssen wir uns überlegen, uns auf eine Akutabteilung für die erste Hilfe zu beschränken“. Aber auch dieser Hinweis entpuppt sich als wenig durchdacht. Denn die Spitalleistungen sind ja bereits liberalisiert. Erbringen wir diese nicht im eigenen Kanton, müssen wir sie bei einem anderen Kanton oder bei Privatspitälern einkaufen. Für die Schaffhauser Bevölkerung bedeutet dies längere Wege und ein Verlust von rund 1'000 Arbeitsplätzen. Günstiger werden die Gesundheitskosten deswegen keineswegs und für den Kanton Schaffhausen resultieren auch keine Einsparungen.

Hat die FDP ausserdem verdrängt, dass die gewollten Steuerausfälle bei den juristischen Personen und bei den direkten Bundessteuern wesentlich zum heutigen grossen Defizit in unserem Kanton geführt haben? Somit wundert es mich gar nicht, dass auf dieser Seite nur noch Worthülsen, statt selbstkritische Argumente und Massnahmen zur Besserung der Situation bereit stehen. Dem Fass den Boden heraus schlägt die Bemerkung, der Kanton habe noch Reserven. Das Einsparpotential liegt eben nicht einfach auf der Strasse - verkehrspolitisch betrachtet aber doch am ehesten beim Strassenunterhalt.

Das schleckt nun mal keine Geiss weg, dass die Regierungsverantwortung seit Jahrzehnten mehrheitlich in bürgerlicher Hand liegt. Wenn jemand die Kostensteigerungen zu verantworten hat, dann ist es immer die Mehrheit und sind es somit die Bürgerlichen selber. Es ist daher unverständlich, dass eine sogenannt staatstragende Partei derart destruktiv in den bevorstehenden Budgetprozess einsteigt.

7.10.2013 Martina Munz